



Beschluss P - 08: Antrag zur Menschenrechtslage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten

Die Jahresversammlung stellt fest:

- Die andauernden und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie in Israel belasten die Menschen in der Region seit Jahrzehnten.
- Der brutale und grausame Angriff der Hamas und weiterer bewaffneter palästinensischer Gruppen am 7. Oktober 2023 auf die Menschen in Israel und die massiven Reaktionen des israelischen Militärs darauf im Gazastreifen haben die ganze Welt erschüttert. Es ist dort zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen sowie durch die israelische Armee gekommen. Doch auch im Westjordanland inkl. Ostjerusalem finden schwere Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee und durch israelische Siedler*innen statt, wie zum Beispiel Tötungen, Hauszerstörungen und Zwangsvertreibungen.
- Durch den militärischen Konflikt befindet sich die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen in einer katastrophalen Situation. Über zwei Millionen Menschen sind dort ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser, Medikamenten, Hygieneartikeln und einer funktionierenden Stromversorgung eingeschlossen, mehr als 30.000 wurden bereits getötet. Die meisten Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, Verletzte zu versorgen, nicht nur aufgrund der hohen Zahl an Verletzten, sondern auch durch weitreichende Zerstörungen der Infrastruktur. Auch dem Recht auf Bildung kann dadurch nicht mehr nachgegangen werden. Und die Umwelt leidet ebenfalls unter den Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes.

Aus diesen Gründen fordert die Jahresversammlung die deutsche Bundesregierung auf, sich als dringende erste Maßnahme einzusetzen für:

- einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen
- die Freilassung aller israelischen Geiseln durch die Hamas und andere bewaffnete Gruppen
- die Freilassung aller unrechtmäßig inhaftierten Palästinenser*innen, die durch die israelischen Behörden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden
- einen ungehinderten Zugang von humanitärer Hilfe in den Gazastreifen
- den Schutz von Zivilist*innen und zivilen Einrichtungen auf allen Seiten
- die Aufhebung der illegalen Blockade des Gazastreifens
- die Beendigung der militärischen Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete
- die Beendigung des Systems der Apartheid, das Israel etabliert hat
- den Verzicht der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf ihre Politik der Vernichtung des Staates Israel und ihre gewalttätige Rhetorik und Praxis gegen Jüd*innen

sowie

- sich weltweit gegen Rüstungslieferungen an alle Konfliktparteien zu wenden und selbst keine



Rüstungsgüter an Israel zu liefern, die zu Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder Menschenrechtsverletzungen beitragen können.

- die Hilfszahlungen an UNRWA dauerhaft zu sichern.

Der Beschluss ist öffentlich.